

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

48 (25.4.1923)

Ercheint Montag, Mittwoch und Freitag.

Bezugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. andere Aussträger ohne Bestellgeld monatlich 2700.— M.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 9-5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung



General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise: Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 60.— M.

Nr. 48.

Mittwoch, den 25. April 1923.

84. Jahrgang

Veränderte Lage?

Berlin, 23. April. Die Rede Curzons, die sich im Tone wenigstens wohlwollend von dem Angst- und Sahgegeter des Herrn Poincare und seiner Genossen unterschied und immerhin einige Worte der Hochachtung für Deutschlands Führer und des deutschen Volkes großartige Leistungen fand, hat in Deutschland vielfach den Eindruck hervorgerufen, als wäre sie der Anfang einer Wendung im Ruhrgebiet und bedeute für Deutschland einen günstigen Auftakt zur Entwirrung der grausamen Lage. Sie wird in der deutschen Presse teilweise als eine große politische Tat gewertet, die mit den Reden des Reichsaußenministers v. Rosenbergs und des Abg. Stresemann in ursächlichem Zusammenhang stehe. Der einzige Schritt vorwärts aber, den der englische Außenminister schließlich getan hat und den ihm die französische Presse auch zugleich arg verübelt hat, ist der, daß er Deutschland empfohlen hat, ein Angebot zu machen, um das Ruhrabenteuer zu beenden und zugleich hinzufügte, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in der geeigneten Weise etwa von einer Sachverständigenkommission im Sinne Hughes festgestellt werden müsse. Das ist aber auch alles! Deutschland soll, was eigentlich Sache des Urhebers der allem Recht Hohm sprechenden und selbst dem Schandvertrage von Versailles zuwider laufenden Ruhraktion wäre, den ersten Schritt zu Verhandlungen tun. Von den unerlässlichen Vorbedingungen für die Einleitung von Verhandlungen aber hat Lord Curzon kein Wort gesagt, vielleicht gerade obwohl ein solch anerkannter Hinweis der deutschen Regierung den Schritt zu einer Verständigung hätte erleichtern können. Mit vollem Rechte stellt der Abg. Dr. Stresemann in einer Rede, die er am gestrigen Sonntag anlässlich einer Rundgebung der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlins der Deutschen Volkspartei zum Besten des deutschen Volksoffiziers hielt, an den englischen Außenminister die Frage: „Wenn du uns zuredest, wir sollten die Agentendienste Englands annehmen, um dem Kampfe ein Ende zu bereiten, wenn du von der Lösung der Reparationsfrage sprichst, von dem Oremium von Autoritäten das Deutschlands Leistungsfähigkeit feststellen soll, ist das der ganze Umfang der Rede? Handelte es sich von vornherein um die felerliche Zusicherung, daß Deutschland wieder in den freien Besitz seiner Autorität gesetzt werden soll, oder soll erst nach der Reparationsfrage über Rhein und Ruhr verhandelt werden?“ Als Antwort an Lord Curzon wies Dr. Stresemann unter stürmischem Beifall darauf hin, daß für Deutschland keine Rheinlandsfrage gibt, daß das Rheinland deutsches Gebiet ist. Und weiterhin betonte Dr. Stresemann, an dieselbe Adresse gewandt, daß die Regierung an der Rede des englischen Außenministers nicht vorbeigehen werde, daß sie sich aber nur unter Wahrung der Souveränität Deutschlands, des deutschen Rheins, der deutschen Ruhr und des deutschen Saargebiets bereit finden würde, die Opfer zu bringen, die von ihr gefordert werden. Auch erinnerte er noch einmal daran, daß an die Spitze weiterer Abmachungen irgend einer deutschen Regierung die Bedingung treten müsse, daß nicht nur alle Eingesperrten in Freiheit gesetzt, sondern auch alle Vertriebenen wieder in ihre Heimstätten zurückgeführt werden müßten.

Die Bedeutung, die der Rede Curzons von einem Teil der Presse beigegeben wird, bedarf also der Einschränkungen, weil sie eben doch, der ganzen politischen Richtung des englischen Außenministers entsprechend, mehr von einer Hinnahme zu Frankreich durchdrungen ist, als von einem Wohlwollen für Deutschland. Und gerade das Verhalten Englands bei der Vertreibung des Fürsten Haigfeld, der Umstand, daß England mitwirkt, Deutschlands Souveränität im Rheinlande Schritt für Schritt zurückzubringen, mahnt zur Vorsicht. Gewißigt durch die unheilvollen Folgen der Friedensverhandlungen wird sich Deutschland durch keine wohlmeinenden Ratschläge und Einschüflerungen um den Erfolg seines passiven Widerstands, den auch Lord Curzon anerkennen muß, betrügen lassen. Von dem Ausgang der Ruhraktion hängt der Bestand unseres Vaterlandes ab!

Es sind offenbar im wesentlichen dieselben Kreise, die von den letzten Reichstagsverhandlungen auf eine „aktivere“ deutsche Politik drängen, die jetzt auch wieder dazu raten, die — unseres Erachtens stark überschätzte — Rede des Franzosenfreunds Lord Curzon als Anlaß zu einem positiven Angebot zu nehmen. Die Gewerkschaften und die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion vertraten beim Reichskanzler die Ansicht, der Augenblick für ein neues Angebot sei gekommen. Auch die Reichsregierung sehe die Situation als geändert an. Eine halbamtliche Auslassung des W.A.B. bestätigt bis zu einem gewissen Grade diese Darstellung. Die Reichsregierung heißt es darin, betrachte die Rede Lord Curzons als eine wichtige politische Tatsache, die die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflussen könnte. Die Reichsregierung sei in „Ermägungen“ darüber eingetreten, welche Folgerungen sich hieraus ergeben. Wir können gegenüber diesen auffallenden Optimismen nur zur größten Vorsicht mahnen.

Das englische Verlangen nach einem Angebot.

Berlin, 23. April. Laut „Berl. Tagebl.“ ist heute vormittag der amtliche englische Text der Rede Lord Curzons in Berlin eingetroffen, dessen Kenntnisnahme Voraussetzung für die Aufnahme der Beratungen der Reichsregierung über die durch die Rede geschaffene Lage war. Das Reichskabinett soll sich, wie das Blatt mitteilt, heute nachmittag mit der Rede des englischen Außenministers beschäftigen. Eine sofortige

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages soll zunächst nicht beabsichtigt sein. Dagegen sollen in den nächsten Tagen Besprechungen zwischen den Mitgliedern der Reichsregierung und hervorragenden Parlamentariern und Industriellen stattfinden. Die Frage, um die es sich bei allen diesen Erörterungen handelt, ist die, ob es für Deutschland im gegenwärtigen Augenblick möglich und zweckdienlich ist, erneut ein formuliertes Angebot an die Alliierten auszuarbeiten, das als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen soll.

Das Schuldenproblem.

Die Auswirkung der Rede Bonar Laws.

London, 23. April. Aus den Kommentaren der Londoner Presse zur Rede Lord Curzons läßt sich feststellen, daß der erste großzügige Versuch eines führenden deutschen Politikers (Stresemann), die Sprache der diplomatischen Verständigung zu sprechen, bereits einen großen Erfolg davon getragen hat. Stresemann hat den maßgebenden Außenpolitiker der englischen Regierung veranlaßt, zu den für Deutschlands Zukunft überaus inhaltschweren Fragen öffentlich und in eindeutiger Form Stellung zu nehmen. Zum erstenmal, seitdem Lloyd Georges Angebot eines englischen Garantievertrages für Frankreich in Cannes gescheitert ist, hat sich Lord Curzon über das Sicherungsproblem ausgesprochen und dabei den deutschen Standpunkt anerkannt, daß eine wahre Friedensgarantie nur auf gegenseitigen Verpflichtungen Deutschlands und Frankreichs beruhen dürfe. Zum erstenmal wurde auch von einer Ententeregierung der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß es Grenzen gibt für die politischen Zumutungen, die man einem großen Volke mit einer ehrenvollen Geschichte stellen darf. In einer wesentlichen Ergänzung des Bonar Lawschen Planes stellte Lord Curzon auch fest, daß England nicht mehr bereit sei, bei Zustandekommen eines umfassenden Reparationsplanes die Schulden Frankreichs und Italiens an England zu streichen, sondern daß England die Schuldenfrage als ein internationales Problem betrachte, das nur durch eine gemeinschaftliche Aktion aller Länder gelöst werden könne. Sobald ein erster Schritt geschehen sei, werde England beiden Regierungen seine Hilfe angebotigen lassen. Der Begriff „Hilfe“ der bereits in vertraulichen Besprechungen über die Reparationsfrage zwischen nichtamtlichen deutschen und führenden politischen Persönlichkeiten Englands eine große Rolle gespielt hat, dürfte sich nach Mitteilungen gut informierter Kreise in zwei Richtungen erstrecken: Dämpfung des Londoner Marktes für deutsche Anleihen und ein großes Maß von Entgegenkommen bezüglich des englischen Anspruchs an die Reparationssumme. Von gut unterrichteter Seite, die augenscheinlich Wert darauf lege, zu betonen, daß Lloyd Georges Grundgedanke, Deutschland und Frankreich gegeneinander auszuspielen, nicht zur unabänderlichen Taktik englischer Außenpolitik gehöre, wurde auch erklärt: Eine Möglichkeit, Deutschland und Frankreich zusammenzubringen, wird in Zukunft nicht an Englands Bereitschaft scheitern, noch weisere als in Paris vorgesehene Opfer zu bringen.

Eine Rede Greys.

London, 22. April. Im Anschluß an Lord Curzon erklärte Lord Grey im Oberhaus u. a.: Er glaube nicht, daß die Franzosen das deutsche Gebiet verlassen würden, bevor sie nicht allein Regelung der Reparationsfrage, sondern auch Sicherheiten für die Zukunft hätten. Dies sei sehr natürlich und wohl zu verstehen. Frankreich fühle sich für die Zukunft, wenn auch nicht für die Gegenwart, beunruhigt. Die Hilflosigkeit Deutschlands sei wahr für den gegenwärtigen Augenblick, aber bei einem Volk, das so tüchtig sei wie das deutsche, sei die Frage der Sicherheit im Verlaufe von 10 bis 20 Jahren eine sehr reale für Frankreich. Die Ruhrpolitik Frankreichs gebe keine Sicherheit für die Zukunft. Sie sei vielmehr eine Saite für die Revanche. Diese Politik werde Deutschland späterhin zu einer Vereinbarung mit Rußland treiben. Dies mache in Wirklichkeit die Zukunft unsicher. Eine wirkliche Sicherheit für die Zukunft besteht nur dann, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes wird, nach einer klaren Vereinbarung mit Frankreich. Eine beruhigende Lage für die Zukunft wird nur dann geschaffen, wenn der Völkerbund eine starke Wirklichkeit wird.

Lord Curzons Rede kein Vermittlungsangebot.

England will nicht Vermittler spielen.

London, 23. April. Alle Morgenblätter betonen, aufgrund halbamtlicher Informationen, daß die in der deutschen Presse gezogenen Folgerungen aus der Curzonrede, England sei nunmehr bereit, zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln unzutreffend sei. Die Blätter führen aus, daß der englische Außenminister keine Verhandlungen angeboten und auch kein Angebot deutscher Vorschläge nach Paris weiter zu geben sich bereit erklärt hat, sondern nur angedeutet habe, wie Deutschland in der Lage sei, zu Verhandlungen mit den Alliierten zu gelangen. Wenn die deutsche Regierung der Reparationskommission ein neues Angebot machen werde, dann werde diese den alliierten Regierungen darüber ein Gutachten erstatten und die Regierungen wären dann in der Lage, zu diesem Angebot amtlich Stellung nehmen zu können. Von dieser Stellungnahme werde es dann abhängen, wann und wo es zu Verhandlungen mit Deutschland komme. Daily Chronicle beschäftigt sich in einem langen, politisch nicht gerade inhaltsreichen Aufsatz mit Lord Curzons Rede. Es wird darin bedauert, daß sich Lord Curzon zugunsten der Aufrechterhaltung der Entente ausgesprochen habe. Das Blatt fährt fort: Die Entente als ein Mittel zu gebrauchen, um ein Unrecht zu verteidigen, ist ein Verbrechen. Wenn wir nicht von dieser Schande betroffen werden wollen, so ist es Pflicht jedes englischen Patrioten, sie zu Ende zu bringen, wenn Frankreich weiter entschlossen sein sollte, eine Politik der Zerkürung in Deutschland zu treiben.

Die Entente als ein Mittel zu gebrauchen, um ein Unrecht zu verteidigen, ist ein Verbrechen. Wenn wir nicht von dieser Schande betroffen werden wollen, so ist es Pflicht jedes englischen Patrioten, sie zu Ende zu bringen, wenn Frankreich weiter entschlossen sein sollte, eine Politik der Zerkürung in Deutschland zu treiben.

Diese Meldung zeigt erneut, welche Vorsicht für die deutsche Regierung geboten erscheint. Immerhin, über die Entschädigungen ließe sich reden, aber Lord Curzon weiß natürlich ebenso gut wie wir, daß das nur die eine Hälfte des Problems ist. In inniger und für uns unzertrennlicher Verbindung damit steht die von den Franzosen aufgeworfene Forderung einer Sicherung ihrer Grenzen gegen Deutschland. Und hier darf es keine Unklarheiten geben. Ehe wir einen Schritt weiter tun, muß vollkommene Klarheit darüber herrschen, daß Deutschland den Kampf fortsetzen wird, bis uns der Bestand unseres Reiches gesichert ist, und zwar nicht nur durch Worte, sondern auch durch Handlungen. Worte und Versprechungen allein können uns nicht mehr genügen, nachdem wir einmal durch die vierzehn Punkte Wilsons betrogen worden sind und im Vertrauen auf das Wort des amerikanischen Präsidenten die Waffen aus der Hand legten. Wenn Lord Curzon sich den Gang der Dinge weiterhin so vorstellt, daß er die Verhandlungen über die Milliardensumme in Gang bringen will, während er die französischen Sicherungsforderungen zunächst in den Hintergrund schiebt, damit Poincare sie wieder hervorholen kann, sobald aus Deutschland die denkbar höchste Zahl von Milliarden herausgepreßt worden ist, dann ist das ein Weg, den wir nicht gehen können. Und wenn gar England mit dem weiteren Vorschlag herausrücken sollte, daß wir den passiven Widerstand für die Dauer der Verhandlungen einstellen, dann wäre nethülft, daß Lord Curzon nur Schrittmacherdienste für Frankreich leisten will. Denn dann hätte Poincare erreicht, was er will: er könnte diese internationalen Verhandlungen monatelang in die Länge ziehen, könnte sich inzwischen im Ruhrgebiet häuslich niederlassen und mit dem Abtransport der Kohle beginnen in der festen und wohl auch richtigen Überzeugung, daß es uns nicht gelingen würde, den passiven Widerstand wieder erneut anzukurbeln.

Paris in Erwartung des deutschen Angebots.

Paris, 24. April. Das „Echo de Paris“ schreibt: Die deutschen Minister haben sich offenbar entschlossen, sich der Rede Curzons zu bedienen, um ihre bis jetzt beobachtete Haltung aufzugeben und den Alliierten Reparationsangebote zu machen, die Anfangs Januar zwischen Berlin und Paris verloren gingen. Man wird uns 20 Milliarden Goldmark anbieten. Wie werden sie bezahlt? Welche Garantien wird man uns geben? Man gibt uns nur zu verstehen, daß der Rest durch eine internationale Kommission festgesetzt werden soll, die die Höhe des Restes nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands abschätzen wird. Ohne Zeit zu verlieren, fordert der Führer der Deutschen Volkspartei Stresemann, der sich immer mehr als der Leiter aufspielt, die Unabhängigkeit und die Souveränität des Reiches im Ruhrgebiete zu respektieren. Alle diese Worte wurden von den Franzosen mit Gleichmäßigkeit aufgenommen. Sie interessierten sich nur in einer Beziehung dafür, nämlich daß Deutschland Sicherheiten gebe. Mit Deutschland verhandeln! wohl, aber es ist selbstverständlich, daß man im Ruhrgebiet bleibt bis zur Bezahlung der Schulden, und daß diese Schulden nicht herabgesetzt werden, und daß vor jeder Zahlung der Widerspruch im Bergwerksbesitz ein Ende finden muß.

Vor einem positiven Schritt der Reichsregierung?

Berlin, 23. April. Wie der „Lokalanzeiger“ erfährt, ist die Regierung gewillt zu einem positiven Vorgehen. Dafür kommen rein äußerlich vorläufig drei Wege in Frage: 1. Eine Erwiderung des Reichskanzlers Dr. Cuno und des Außenministers Dr. Rosenbergs vor dem Plenum des Reichstags. 2. Eine amtliche Verlautbarung durch das W.A.B. 3. Eine Kollektivnote an alle Signaturmächte des Versailler Vertrags, in der ein fest umrissener Vorschlag enthalten wäre. In der Note würde das aufrichtigste Interesse der deutschen Regierung bekundet werden, über die Reparationsfrage zu verhandeln. Außerdem würde man auf die Schlussworte Poincares in seiner letzten Rede eingehen, in der er über die Sicherungen der Reparation sprach. Die deutsche Regierung würde sich noch einmal ausdrücklich bereit erklären, Reparationen zu leisten, und Sicherheiten zu geben, wie das bereits öfters geschehen ist. In politischen Kreisen neigt man der Ansicht zu, daß die Regierung sich entscheiden werde, den dritten Weg zu beschreiten, da er mehr Erfolg versprechen dürfte, als die beiden andern.

Berliner Beratungen.

Berlin, 24. April. Das Reichskabinett wird heute zu entscheidenden Beratungen zusammentreten. Die Besprechungen mit den an der Entschädigungsfrage beteiligten Ressorts sind soweit abgeschlossen, daß ein politisches Fazit aus ihnen gezogen werden kann. Insbesondere dürfte von Seiten des Finanzministeriums erschöpfendes Material zur Vorlage gekommen sein. Es scheint aber doch nicht damit zu rechnen zu sein, daß so weitgehende Beschlüsse, wie sie in politisch-parlamentarischen Kreisen seit einigen Tagen als bevorstehend angesehen wurden, zustande kommen. Über die Form, in welcher die Erklärung der Regierung erlassen werden soll, ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen worden. Doch sprechen berechtigte Gründe dafür, den Charakter einer Antwort an Lord Curzon noch nicht zu vernachlässigen. Es steht ferner auch noch nicht fest, ob das Kabinett sich angelehnt der neuen politischen

Bewegung und der dadurch gebotenen Aktivierung der deutschen Politik zu einer Wiederholung der Vertrauensfrage an das Parlament entschließt.

Poincare der Sonntagsredner.

Kein Sonntag in Frankreich ohne Enthüllung eines Kriegedenkmals und ohne eine kriegerische Rede Poincares. Auf Dünkirchen folgte die kleine Gemeinde Void im Maasdepartement, im „zerstörten Gebiet“, natürlich eine Gelegenheit zu besonders dramatischer Beredsamkeit und Erhitzung der Leidenschaften.

Eine halbamtliche deutsche Erklärung.

Berlin, 23. April. Die neue Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincare unterscheidet sich von den letzten Ausführungen so wenig, daß sie keinen Anlaß zu längeren Erörterungen gibt. Sie enthält dieselbe Häufung von Anklagen, Verleumdungen und tatsächlichen Unrichtigkeiten, mit denen er bei ähnlichen Gelegenheiten stets zu operieren pflegt.

Ein gleitendes Angebot.

Die Reichstagsdebatte, welche in der ersten Hälfte dieser Woche über das Ruhrproblem und die Reparationsfrage geführt wurde, war mehr als eine bloße Darstellung der Lage. Aus der Rede des Außenministers klang eine Ruhe und eine Siegesgewißheit heraus, die ihren Eindruck auf gewisse schwankende Gestalten in unserem Vaterlande nicht verfehlen dürfte.

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

14) „Deine Worte treffen mich wie Dolchspitzen“, sagte er, „ich sehe ein, daß ich unverantwortlich gehandelt habe. Gott wird mir die Kraft geben, daß ich mein Unrecht gutmache.“

schon deshalb nicht möglich ist, weil wir über die Dauer der Ruhrbesetzung und die endgültige Höhe des Verlustkontos nichts wissen. Der sozialdemokratische Redner Hermann Müller-Franken forderte gleichwohl ein neues deutsches Angebot, da man auf den Beschluß einer internationalen Sachverständigen-Konferenz unmöglich warten könne.

Erhöhung des Reichsbank-Diskonts.

Die Reichsbank hat mit Wirkung ab heute den Wechselkurs von 12 auf 18 Prozent erhöht und den Lombardzinsfuß von 13 auf 19 Prozent erhöht. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit der Markstabilisierungsaktion.

Ein ernstes Mahnwort des Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 24. April. Der Reichsbankpräsident Havenstein gab in der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses eine eingehende Begründung der Diskonterhöhung, der wir unter anderem Folgendes entnehmen: Wir haben durch volle drei Monate von einer weiteren Erhöhung des Diskontes abgesehen, obgleich die Gefährdung der Geldmarktfrage und die weitere Zunahme der Verarmung und Kapitalnot eine solche an sich schon längst gerechtfertigt hätte.

Franzosen und Kommunisten.

Ein fester Stand der Mark und innere Einigkeit sind Eckpfeiler des Widerstands an der Ruhr. Kein Wunder, daß an beiden von Frankreich nach Kräften gerüttelt wird. Es ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß bei dem plötzlichen Einbruch in die Markfestigung französische Kapitalkräfte mit im Spiele waren.

Wie sie haufen.

„Massenausweisung bis auf den letzten Mann.“ Die deutschen Eisenbahner bleiben fest.

Frankfurt a. M., 24. April. In Mainz fanden Verhandlungen zwischen Mitgliedern der französischen Eisenbahngesellschaft und 20 geladenen Eisenbahnbenedikten über die Wiederaufnahme des Eisenbahndienstes unter französischem Befehl statt. Dabei hat die französische Eisenbahngesellschaft folgende Erklärung abgegeben: Die jetzt für kurze Zeit unterbrochenen Massenausweisungen gehen unter allen Umständen bis zum letzten Eisenbahner weiter, wenn diese auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren sollten.

Die Sitzung der Eskadros in Essen.

Essen, 23. April. Das Geheimnis der gestrigen Flaggenhissung in Essen ist aufgeklärt. Essen hat einen neuen Flaggenkommandanten und zwar zum erstenmale einen General, erhalten. General Desjars hat von seinem früheren Posten in Bonn eine wunderschöne Flagge mitgebracht und hat diese gestern hissen lassen.

Was die Franzosen bisher an der Ruhr gestohlen haben.

Paris, 23. April. Der Kommandant Filippi hat französische Pressevertreter über die Ruhrbesetzung gemacht. Die Blockade sei jetzt luftdicht und nichts könne das Ruhrgebiet verlassen, ohne die französische Kontrolle zu passieren. Die seit der Einrichtung des Zollkorons bis zum 10. April erhobenen Abgaben betragen 693 Millionen Mark, das sind ungefähr 420 000 Franken, am 21. April waren es 807 Millionen.

„Ohne Almida gibt es kein Glück, keine Seligkeit für mich, sie ist das Leben selbst für mich, ohne sie kann ich nicht sein. Aber ich muß meine Leidenschaft und alle heißen Wünsche unterdrücken, muß mir klaren Kopf und Besonnenheit bewahren, soll alles zu einem guten Ende gelangen!“

„Erlaubst Du, daß Almida Dich begleitet, lieber Papa? Wir würden ja selig sein. Und mein Vater brauchte von Almidas Anwesenheit nichts zu erfahren.“

Schwierigkeiten bald fortfallen, denn England bemerkt jetzt selbst die Nachteile dieser Situation und ziehen andere Ueber-

Ortenberg erneut besetzt.

Offenburg, 23. April. Die Franzosen haben erneut Ortenberg besetzt, das sie inzwischen wieder geräumt hatten, zugleich auch sechs kleinere Ortschaften im näheren Umkreis von Offenburg.

Gengenbach, 23. April. Vor dem Kehler Kriegsgericht wurden gestern der Kaufmann Joos zu sechs, die Kaufleute Ritter und Romer zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie zwei deutschen Mädchen die Zöpfe abgeschnitten hatten, da die Mädchen in Franzosenquartieren verkehrten.

Von der Ruhr.

Aus dem Briefe eines Kaufmanns an der Ruhr wird dem Schw. Merk. mitgeteilt:

In den Straßen wimmelt es von Franzosen; aber Sie sollten die Ruhe unserer Bürgerschaft sehen! Kein Mensch guckt darauf oder schenkt ihnen irgend welche Beachtung. Jedes Geschäft, gleichviel welcher Art, verkauft an Soldaten nichts, und weil diese Nachmittags frei haben, so schließen alle Geschäfte von 2 Uhr bis 5 1/2. In der ersten Zeit haben die Soldaten gewaltsam sich die Sachen angeeignet, sodas böse Strafen-urteile vorgenommen sind. Wenn Sie die schlimmste Zeit des preußischen Kommisdrills nehmen, so dürfen Sie überzeugt sein, daß er ein Waisenknaube gegen den der Franzosen ist. Es ist kaum glaublich, wie diese angefaßt werden. Die Offiziere treten ihnen mit den Füßen ins Gesicht, und so fort. Wenn Sie in Ihrem schönen Württemberg noch Leute haben, die auf unsere alten Soldatentugenden und Leistungen schelten, die sollen hierherkommen und sehen, wie die Franzosen dem "Militarismus" huldigen, und sie werden lernen, anders von unserer großen Zeit zu denken. Eine solche Besatzung würde mancher Großstadt gut tun und ihr die Augen öffnen. Das Gute hat sie mit sich gebracht, daß wir alle uns ins nationale Lager zurückgefunden haben. Das: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" ist hier ein toter Standpunkt; lassen Sie uns Deutsche einander die Hände reichen, das ist eine bessere Lösung. Deutsch bin ich bis ins Mark - das walte Gott!

Ein Erlebnis mit Schwarzen.

Ein Deutscher, der kürzlich gleich vielen andern Opfern im Rheinland von den Franzosen festgenommen wurde, schildert nach seiner Ausweisung folgende Einzelheiten von seiner Verhaftung:

... ich wurde dann nachts um 12 Uhr in ein sehr schmütziges enges Wachlokal gebracht, in dem lauter Schwarze waren. Ein farbiger Korporal schnarrte auf einer von Schmutz starrten Pritsche. Der weiße "Capitaine", der mich selbst auf die Wache brachte, schob den Schwarzen auf die Seite und bedeutete mir, ich solle mich zum Schlafen auf die Pritsche legen; daneben lagen noch andere Farbige. Ich antwortete: Danke, ich werde mich setzen, und setzte mich auf einen Hocker. Der Capitaine verschwand sodann und ließ mich mit den Farbigen allein. Da mir die Nacht lang wurde, knüpfte ich schließlich ein Gespräch mit den Schwarzen an. Sie benahmen sich ganz manierlich, erzählten mir, sie kämen von "Alger" u. ä. Morgens wurde in Bleistiften Kaffee für die Farbigen gebracht. Ehe sie sich selbst nahmen, boten sie mir Kaffee an. In diesem Augenblick kam der weiße "Capitaine" wieder in das Wachlokal und fuhr sofort wie ein bissiger Hund auf die Farbigen los, weil sie mir Kaffee angeboten hatten. Ich wurde dann sofort in ein anderes Wachlokal gebracht...

Diese Schilderung ist insofern besonders beachtenswert, als sie wieder ein Beispiel dafür ist, wie die Deutschen noch heute von den Schwarzen Afrika geachtet werden, solange diese nicht von den weißen Franzosen aufgehetzt sind. Bekanntlich sind uns unsere Kolonien im Versailler Diktat gestohlen worden, weil wir nicht kolonisieren können. Und trotzdem haben die Farbigen, auch aus französischen Kolonien, noch immer Respekt vor uns. Warum? Weil die Farbigen von ganz Afrika in durchaus richtigem Instinkt zwei Arten von Europäern unterscheiden: die richtigen Europäer, das sind die Deutschen und die Engländer, und die HalbEuropäer, das sind die romanischen Rassen, in erster Linie die Franzosen und Italiener. Diese Tatsache ist, jedem, der in Afrika war bekannt. Trotz verlorenem Krieg und trotz Bedrückung des deutschen Volkes an Rhein und Ruhr durch die Franzosen gilt der Deutsche noch heute bei den Farbigen mehr als ihre eigenen Herrn. Die Franzosen wissen wohl, weshalb sie so eifersüchtig darüber wachen, daß kein Deutscher mehr die geraubten deutschen Schutzgebiete oder auch ihre eigenen Kolonien betritt. Aber das wird alles nichts nützen; das gute Ansehen der Deutschen bei ihren ehemaligen Schutzbesetzten werden sie nie auslöschen können!

Kardinal Louchet als Verteidiger Poincares.

Paris, 23. April. Der französische Kardinal Louchet hat den deutschen Bischöfen auf ein Rundschreiben geantwortet, das gegen die Besetzung des Ruhrgebiets protestierte. In seiner Antwort erinnert der Kardinal an die Kriegsgreuel, die von Deutschland verübt worden seien, und erklärt dann: "Deutschland ist geschlagen. Deutschland hat den Vertrag unterschrieben. Dieser Vertrag ist kein Fegens Papier, wie einer Ihrer Staatsmänner den Vertrag genannt hat." Am Schlusse dekretiert er: "Ihr seid die Schuldner, Ihr müßt zahlen. Ohne Umschweife erkläre ich, daß es unser Recht ist, so zu handeln, wie wir handeln, und daß es eure Gewissenspflicht ist, den Vertrag zu erfüllen. Wir wissen, daß die Zahlung möglich ist. Ich zögere keinen Augenblick, politisch und nach der Lehre der Kirche mich mit der französischen Regierung in diesem Falle solidarisch zu erklären."

Nach dieser Leistung muß es sehr interessant sein, den Kardinal Louchet das Evangelium auslegen zu hören. Die Kirchenfürsten Deutschlands, Schwedens, Englands, Amerikas und auch Italiens haben gegen das schwere Unrecht der Ruhrbesetzung gesprochen. Glaubt der Kardinal Louchet, daß es eine Liebe Gottes und der Menschen in französischer Uebersetzung gibt?

Unser Kampf gegen Kriegsschuld und Versailles.

Von Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Persner. (Ehemaliger Präsident der deutschen Friedensdelegation von Versailles.

Das Hauptziel unserer gesamten auswärtigen Politik muß sein, zu erreichen, daß Deutschland, nicht wie in den letzten

fünf Jahren, Objekt sondern wieder Subjekt der Weltpolitik wird. Hierzu gibt es nur ein durchschlagendes Mittel: die Revision des Friedensdiktales von Versailles. In Versailles wurden wir Deutsche nicht nur in der unerhörtesten Weise ver Gewaltigt, betrogen, bestohlen, sondern was viel schlimmer ist, unserer Ehre beraubt und zum Paria unter den Völkern gestempelt. Nicht nur daß die Wilsonpunkte und Wilsonreden auf die hin wir nach den feierlichen Entente-Zusicherungen 1918 die Waffen niedergelgt hatten, nicht beachtet, verächtlich, verachtet wurden, man zwang uns die ehrenrührigen Bedingungen der Auslieferung der sogenannten "deutschen Kriegsschuldigen" und des Kaisers auf, ebenso wie das Anerkenntnis der bemühten Lüge von der "deutschen Schuld am Ausbruch des Weltkrieges."

Nachdem die damalige Reichsregierung nach Ausschreibung Scheidemanns und des Grafen Brockdorff-Rangau und die Weimarer Nationalversammlung das Versailler Diktat annehmen zu müssen gelaubt und das Friedensinstrument unterzeichnet hatten, ist der Vertrag von Versailles die Magna charta Europas und der Welt geworden. Auch für Deutschland wurde das Versailler Diktat zum Gesetz, und zwar zum Hauptgesetz seines Lebens, Handels, Wandels, seiner Politik, Wirtschaft, Finanzen, kurz seines ganzen Seins und Werdens. Man mag dies tief bedauern, aber die Tatsache besteht und ist nicht wegzuleugnen. Das bedeutet jedoch nicht, daß man sich mit ihr abfinden soll, und darf.

Deutschland hat die heilige Pflicht, mit allen Kräften auf die Revision des Versailler Diktats, und zwar auf eine vollständige Revision dieses Friedens hinzuwirken. Die Grundlage dieses ganzen Vertrages ist die Schuldfrage, die im Artikel 231 und in dem Clemenceau-Ultimatum, das dem jetzigen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons und mir am 16. Juni 1919 in Versailles überreicht wurde, festgelegt ist. Ein bewußter Angriff, Eroberungs-, Unterjochungskrieg und die alleinige Schuld am Weltkrieg wird uns hier aufgebürdet.

Was haben nun die Reichsregierungen und das deutsche Volk zur Bekämpfung dieser ungeheuerlichen Lüge getan? Nach Unterzeichnung des Friedens, nach dem damaligen völligen Zusammenbruch der Nerven unseres Volkes geschah während der Jahre 1919 und 1920 fast nichts. Im Gegenteil. Infolge der maßlosen Propaganda Lord Northcliffes hatte die Lüge von der deutschen Schuld am Kriege auch bei uns tiefen Fuß gefaßt. Allmählich aber begannen die verschiedenen brüskten und verächtlichen Hinweise der Entente-Staatsmänner auf "das am Kriege schuldige Deutschland" ihre Wirkung zu erzielen. Die Reichsregierung verhielt sich - trotz des Verständnisses für die Bedeutung der Schuldfrage bei dem damaligen Außenminister Dr. Simons - völlig passiv. Eine Reihe von Reichstagsabgeordneten, von Organisationen und vaterländischen Verbänden griffen aber den Schuldigenkampf auf. Im Sommer 1921 schlossen sich diese Verbände, Organisationen, Privatpersonen aller Parteien, die bislang noch alle nebeneinander her arbeiteten, in einer Spitzenorganisation zusammen: im "Arbeitsausschuß deutscher Verbände" (Berlin NW, Luisenstraße 36a) und wählten mich zu ihrem Vorsitzenden. Im streng sachlicher, objektiver, zäher Arbeit, wurde dann gemeinsam vorgegangen und zuerst unserem eigenen Volke die Augen über die Schuldfrage und ihre ungeheure Bedeutung geöffnet. Nur diplomatische Akten, wissenschaftliche Dokumente historische Tatsachen bildeten die Waffen für diesen Kampf. Dies war nötig, um die Aufrollung der Schuldfrage dem parteipolitischen Kampfe zu entziehen. Denn unser Recht auf völlige Klärung der Kriegsschuldfrage kann nur dann erfolgreich geltend gemacht werden, wenn sie von der Welt überwiegend, geschlossenen Mehrheit des deutschen Volkes gefordert wird. Allmählich, nachdem jetzt auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich in den Schuldfragenkampf mit eingereiht haben, ist ein einziger, mächtiger, einheitlicher Akkord für das deutsche Recht auf Wahrheit entstanden: die Vereinigung des gesamten deutschen Volkes gegen die Versailler Schuldfrage ist erreicht.

Inzwischen hat man im auswärtigen Amte und bei der Reichsregierung auch begonnen, Material für diesen Kampf zu sammeln und sich für die Schuldfrage vorläufig in der Stille zu interessieren. Dr. Walter Rathenau beabsichtigte, wie ich aus persönlichen Unterredungen mit ihm weiß, für den Sommer vorigen Jahres eine große Aktion in der Schuldfrage. Sein Tod hat auch hier großen Schaden angerichtet. Die jetzige Regierung Cuno-v. Rosenbergs hat in ihrem Programmreden in deutlicher Weise die Aufrollung der Schuldfrage verlangt.

Die großen Verbände - über 600 Organisationen mit vielen, vielen Millionen Mitgliedern, haben sich dem "Arbeitsausschuß deutscher Verbände" mittlerweile angeschlossen - die politischen Parteien, die Presse, und das gesamte deutsche Volk haben seitdem den Kampf gegen das Friedensdiktat von Versailles aufgenommen. Der friedensbrechende Ruhrreinfall der Franzosen und Belgier hat auch dem Bedenklichsten und Zögerndsten bei uns die Augen geöffnet, wohin wir unter dem Versailler Regime steuern: dem sicheren Ruin, der Zerschlagung Deutschlands entgegen. Daher ist gottlob nunmehr die entscheidende Arbeit für die Revision des Versailler "Friedens" das Allgemeinut des deutschen Volkes geworden. Hier führt und leitet die Regierung Cuno-v. Rosenbergs in mütterlicher, energischer, weitblickender Weise, wofür Volk und Reichstag ihr Dank wissen.

Die Arbeit am Ausland ist natürlich langwieriger und schwieriger als die Inlandsarbeit. Für die Aufrollung der Schuldfrage und die Erforschung der wahren Schuld am Kriegsausbruch hatten weder unsere Kriegsgegner noch die Neutralen irgend ein Interesse - im Gegenteil, sie hüteten sich wohlweislich, unseren Entüllungen in den Spalten ihrer Presse Raum zu geben. Die Inlandsarbeit des "Arbeitsausschusses deutscher Verbände" stieß daher auf ungeheure Schwierigkeit. Trotzdem kämpften wir unverdrossen auch hier weiter. Erst mit dem Annahen des Schuldfragenkampfes zur Volksbewegung in Deutschland regte es sich im Ausland. Fremde Gelehrte, Volksführer, Staatsmänner, gestanden unter dem Schwerkrieg unserer amtlichen Dokumente die benutzte Unwahrheit der Entente über die Kriegsschuld Deutschlands ein. Aber noch ein weiter Weg liegt hier vor uns. Denn ich möchte ausdrücklich feststellen, daß nach meiner Ansicht eine wirklich gründliche Revision des Versailler "Friedens" nicht möglich ist, ohne daß wir in dem Schuldfragenkampf gefiegt haben.

Die Neutralen - und erst recht unsere Feinde - wollten nicht an die Revision des Vertrages von Versailles heran, da der Vertrag ihnen entweder bequem oder sogar vorteilhaft erschien. Die Entente sah nicht ein, weshalb törichte Politik sie in Versailles getrieben hat. Wie nannte sie unser berühmter Gegenspieler in Versailles, der Engländer Keynes?

"Kurzichtig, unfittlich und abscheulich ist diese Politik". Aber auch unsern schärfsten Gegnern beginnt jetzt die Schuppen von den Augen zu fallen. Herr Poincare und die armen Todesopfer seines frevlerischen Ruhrreinfalls wirken mehr als alle deutschen Noten, Proteste, Reden, Propagandarbeiten. Man beginnt im Auslande einzusehen, daß die Revision des Versailler Friedens nicht nur eine politische und wirtschaftliche Rettung Deutschlands, sondern eine Lebensfrage für die ganze Welt ist.

An Reichsregierung, Reichstag, Presse und vor allem am gesamten deutschen Volke liegt es nun, rastlos weiter zu arbeiten. Wenn wir im Kampf gegen Schuldfrage und für die gründliche Revision des Versailler "Friedens" einig, geschlossen und entschlossen sind - aber auch nur dann - werden wir siegen. Die erste Entscheidung dieses Weltkampfes fällt an der Ruhr. Dort steht in prachtvoller, machtvoller Einigkeit die ganze Bevölkerung wie ein Mann gegen den Feind. Machtlos sind die bis an die Zähne bewaffneten Kriegsvölker Frankreichs und Belgiens gegen unsere wehrlosen Landesknechte, weil wir einig sind und das gute klare Recht auf unserer Seite haben. In unserer Hand liegt unser Geschick, unsere ganze Zukunft. Mögen wir erkennen, daß wir in Einigkeit, Fähigkeit, Entschlossenheit kämpfen müssen - dann werden wir wie in der Auslieferungsfage - siegen an der Ruhr, im Schuldfragenkampf, im Kampf um die Revision von Versailles. Erst dann werden wir wieder frei sein, wieder leben, wieder atmen, wieder Subjekt der Weltpolitik sein.

v. Kardorff für die deutsche Republik.

Berlin, 21. April. Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete v. Kardorff hat heute im preußischen Landtag eine Rede gehalten, die sich als ein eindrucksvolles Bekenntnis zur neuen deutschen Republik darstellt und auf außerordentlicher Schärfe von allen republikfeindlichen Treibern abrukt. Die Rede ist dadurch besonders beachtenswert, daß selten ein Mitglied der Deutschen Volkspartei mit solcher Energie gegen die nationalistischen Gruppen vorgegangen ist und sich so aufrichtig und stark für den Gedanken der sogenannten großen Regierungskoalition von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei ausgesprochen hat. Auf der Tagesordnung stand der Haushalt des Innenministeriums und in Zusammenhang damit die Debatte über die von dem preußischen Minister Severing anlässlich des versuchten Hofbuchputzes vorgenommenen Auflösung der deutschvölkischen Freiheitspartei. Zwar hält es auch der Abg. Kardorff für falsch, daß die Auflösung einer Partei vorgenommen wurde. Diese Auflösung sei nicht zu vereinbaren mit der politischen Freiheit des Volkes und fördere die Geheimbündelei. Weiter klagte Kardorff auch darüber, daß Severing in seinen Maßnahmen schärfer gegen rechts als gegen links vorgehe. Aber nach dieser ruhigen und sachlichen Kritik stellte er fest, daß es freilich die Pflicht der Regierung sei, dem Treiben der aktivistischen Elemente mit aller Energie entgegenzutreten und sprach den Satz aus: Die Behauptung, daß Bayern eine Ordnungszelle sei, ist der größte Schwindel der Welt. Er betonte, daß selbst in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei heute Klarheit darüber herrsche, daß in Bayern eine Nebenregierung der nationalistischen Verbände bestünde und daß die bayerische Staatsgewalt heute außerordentlich schwach geworden sei. Wenn von den bayerischen Nationalisten der Ruf "Los von Berlin und Preußen" erhoben werde, so müsse dazu gesagt werden, daß wer die Art an die Wurzel des preußischen Staates lege, der unterstützt die Politik Poincares. Sehr entschieden rechnete der Redner auch mit der Kampfesweise ab, wie sie in der gestrigen Sitzung des preußischen Parlaments von dem deutschnationalen Abgeordneten Schlange und allgemein in den Artikeln der nationalistischen Presse geführt wird, eine Kampfesweise die von Kardorff ein Muster der Gemeinheit, der Riperei und Unaufrichtigkeit nannte. Im übrigen stellte der Redner nach einem Bekenntnis zu der Notwendigkeit einer großen Koalition fest, daß das deutsche Volk noch niemals in der ganzen Geschichte so einig gewesen sei wie heute und daß weder eine Räterepublik noch eine Regierung der Rechtsradikalen sich länger als höchstens 8 Tage hätte halten können.

Vom und zum Steuerzahlen.

"Nun sind die - Zettel ausgeteilt und alles wohl bestellt", - so mögen heute nach bekanntem Muster unsere Steuerbeamten denken und dabei ihrer steuerlichen Zukunft verächtlich entgegensehen, sind ja doch diesmal auf Grund der neuesten Reichsgesetzgebung die Maschinen des Reges so dicht gezogen, daß die Beute nach menschlichem und steuerlichem Ermessen nicht entgehen wird. Anders ist wohl die Stimmung beim größten Teil der Steuerzahler selbst. Nicht darum handelt es sich, daß die Einsicht in die Notwendigkeit des Steuerzahlens in bisher unerhörtem Maße nicht vorhanden wäre. Der größte Teil des deutschen Volkes ist von dem Pflichtgefühl durchdrungen, alles zu tun, was Rechtens ist. Allein es sind heute andere Dinge, die dem Steuerzahler Sorge bereiten und bereiten müssen. Wohl gibt es Kreise, die sich bisher schon zu helfen wußten und denen auch die jetzt zu erledigenden Steuererklärungen keine allzu große Mühe und Sorge im Innern ihrer Seele bereiten werden. Bieten ja doch, sogar nach dem Urteil von manchen Steuerfachverständigen, die Bestimmungen der neuen Steuererklärungen, insbesondere für die Gewerbetreibenden bei der Umständlichkeit und Unklarheit des Verfahrens allerlei Gelegenheit zur Anwendung von "Bilanzierungskünften". Allein bei dem größeren Teil der Steuerzahler ist eine solche Gewandtheit in der Behandlung der Dinge nicht vorhanden und sicher werden zahlreiche Bürger und Bürgerinnen ziemlich verlassen und ratlos dastehen, weil sie mit dem besten Willen eine rechtzeitige und genaue Erfüllung ihrer Steuerpflichten eben nicht zustande bringen können. Wohl steht bei 2 Steuerarten aus dem reichen Bündel schwarz auf weiß auf dem Formular gedruckt zu lesen: "Diese Steuererklärung ist innerhalb 4 Wochen... eigenhändig unterschrieben beim Finanzamt ausgefüllt einzureichen" (in dieser oder ähnlicher Fassung). Allein diese gesetzliche Vorschrift gilt diesmal eben zur Abwechslung nicht und es bleibt bei dem in den neuesten Gesetzen und Verordnungen vorgeschriebenen Termin, daß bis zum 30. April alles fit und fertig erledigt sein muß, und das alles, obwohl die Steuerzettel durchweg erst in den letzten Tagen amtlich an die einzelnen Steuerzahler gelangten, sodas tatsächlich nur die viel zu kurze Frist von 10-12 Tagen zur Verfügung steht. Der Einzelne mag nun sehen, wie er sich durch die gedruckte Fülle von 12-24 Seiten strenger Vorschriften hindurcharbeitet und sich zurecht findet. Eine Erkundigung und Beratung bei sachverständiger Stelle ist ihm nicht so leicht gemacht. Die Steuerbeamten selbst sind bekanntlich keineswegs immer leicht zu-

gänglich. Außerdem kann und muß man wiederholt die Beobachtung machen, daß auch sie durchaus nicht über alles sich im Klaren sind, was heute die Steuergesetze vorschreiben. Davon geben vielfache Auslassungen von Steuerkundigen bis zu Gliedern des großen Reichsfinanzhofs in München hinauf Kunde. Auch bei den der Beratung der Allgemeinheit dienenden Treuhändern kann man immer wieder hören, daß gerade die jetzigen, überreife zu stunde gekommenen Steuergesetze keineswegs leicht zu verstehen sind und da und dort Anlaß zu vielerlei Deutungen geben. Daß auch die Banken in der Berechnung des Vermögens heute versagen, ist bekannt. So ist denn der einzelne, unter den heutigen Umständen gewiß im allgemeinen bedauerenswerte Steuerzahler darauf angewiesen, auf gut Glück, so gut er eben kann, sein Werk zu vollenden. Dabei droht ihm, wenn ihm irgend wo ein Versähen, auch ohne jede schlimme Absicht zustößt, ein hochnotpeinliches Verfahren, das durch unarmherzige, fast drakonisch wirkende Strafen verstärkt wird. Ihm gegenüber ist der Steuerbeamte in der glücklichen Lage, frei nach Lessings Nathan zu sagen: „Tut nichts — der Bürger wird bestraft.“ Und wenn auch alles darüber einig ist, daß Reich, Land, Gemeinden, alles zusammen unendlich viel Geld heute brauchen und daß darum jeder einzelne schon von sich aus die Pflicht fühlen muß, sein Neuestes zu tun, so sollte wenigstens, was die Organisation der Steuergesetzgebung und des Steuerzahlens anbelangt, nicht Unmögliches verlangt werden; ein klein wenig psychologisches Verständnis für die Stimmung der „Untertanen“ im freien Volksstaat sollte immerhin auch bei den heutigen Machthabern und Regierungen vorhanden sein.

Baden.

Großherzogin Luise †.

Baden-Baden, 23. April. Die frühere Großherzogin Luise von Baden ist heute abend 6 Uhr im Alter von 83 Jahren und 4 Monaten sanft entschlafen.

Großherzogin Luise von Baden wurde am 3. Dezember 1838 in Berlin als die einzige Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen, des späteren ersten deutschen Kaisers, und seiner Gemahlin Augusta, Prinzessin von Sachsen-Weimar, geboren. Noch nicht ganz 18 Jahre alt, vermählte sie sich am 20. September 1856 mit dem Großherzog Friedrich I. von Baden. Sechs Tage nach der Hochzeit betrat sie in Mannheim an der Seite ihres jungen Gemahls den badischen Boden. Am 4. Juni 1859 richtete die Großherzogin Luise an den Präsidenten des Ministeriums eine Denkschrift, die eine Organisation der helfenden Tätigkeit der Frauen anstrebte, und zwar sowohl für den augenblicklichen Fall, wo so mancher armen Familie der Ernährer durch Waffendienst entzogen war, wie auch zur Weiterarbeit auf charitativem Gebiete in den kommenden Zeiten. Bereits zwei Tage nach der Einreichung der Denkschrift wurden in einer von der Großherzogin geleiteten Versammlung die Vereinsstatuten festgestellt: Der Badische Frauenverein, der dann lange Jahrzehnte so viel Nutzen und Segen gebracht hat, war gegründet. Mit diesem hat sich die Großherzogin Luise ein dauerndes Denkmal selbst errichtet. Die Kriege 1866, 1870 und 1914/18 zeigten, wie groß und wie notwendig diese Liebestätigkeit der badischen Frauen war. Die Tätigkeit des Badischen Frauenvereins zu vertiefen und zu vervielfachen, war ihre vornehmste Sorge. Immer mehr, immer größere Gebiete des täglichen Lebens schloß die Großherzogin in diese Tätigkeit des Frauenvereins ein. Er bestand schließlich aus einer größeren Anzahl von Abteilungen.

Durch den Frauenverein verstand es die Großherzogin, ausgezeichnete Kräfte heranzubilden, die bei den Bestrebungen zur Hebung der sozialen Lage des Volkes und der Stärkung seiner sittlichen Kraft mitarbeiteten. Großherzogin Luise wußte auch das Heimatgefühl zu stärken durch die Betonung der Notwendigkeit des Festhaltens und Wiederanregens alter wohlbewährter Ueberlieferungen in der Heimindustrie. So förderte sie besonders das Handspinnen und setzte dafür Preise aus. Nicht zuletzt ist es den persönlichen Bemühungen der Großherzogin zu verdanken, daß die Trachten in den einzelnen Gegenden des Landes, namentlich in den Tälern des Oberrhein und des Mittelrheins, auf dem Schwarzwald und im Odenwald noch sehr häufig getragen werden. Seit dem am 28. September 1907 erfolgten Heimgang Großherzogs Friedrich I. lebte Großherzogin Luise still für sich und ihren Frauenverein. Den Winter verbrachte sie meist im Residenzschloß in Karlsruhe und im Sommer weilte sie mit Vorliebe im Schloß in Baden-Baden und auf der Mainau im Bodensee; auch Badenweiler suchte sie gern auf. Seit der Revolution lebte sie vorwiegend in Baden-Baden.

*

Wie wir erfahren, ist der Tod der Großherzogin Luise völlig unerwartet eingetreten. Wenn auch die Fürstin unter dem Druck eines leichten Unwohlseins stand, so war doch auch die nächste Umgebung auf eine so plötzliche Wendung nicht vorbereitet. Die Großherzogin ist, als sie, auf den Arm der Kammerfrauen gestützt, sich zur Abendmahlszeit begeben wollte, anscheinend von einer Herzlähmung betroffen worden und ohne Kampf verschied. Von den nächsten Angehörigen weilte der Großherzog Friedrich in Freiburg, die Königin von Schweden, mit deren Eintreffen zu rechnen ist, auf der Insel Capri.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 24. April. (Gegen Preistreiberei und Wucher.) Die neuerliche Aufwärtsbewegung des Dollarkurses haben mehrfach Geschäftsinhaber und Händler zur Veranlassung genommen, mit ihren Preisforderungen in die Höhe zu gehen. Dieses Verhalten ist ebenso verwerflich wie sachlich unbegründet. Die Kaufkraft der Mark im Inland hat in den letzten Tagen keine wesentliche Veränderung erfahren. Es ist unzulässig, bei reinen Inlandswaren den Preis an den jeweiligen Kursstand des ausländischen Geldes (Dollar) anzupassen. Wer diesem Grundsatze zuwiderhandelt, hat wegen Preistreiberei strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen. An die Bevölkerung ergeht die Mahnung, die Ruhe zu bewahren und keine Ankäufe vorzunehmen. Unbesonnenheit schädigt den Käufer und die Allgemeinheit. Preistreiberei und Wucher wird mit den schärfsten Mitteln (Verhaftung, Beschlagnahme der Vorräte, Schließung des Betriebs) entgegengetreten. Die Fahndungsorgane sind zu strenger Ueberwachung des Geschäftsverkehrs angewiesen.

* Sinsheim, 24. April. (Eindeckung mit Brennstoffen.) Da unsere Industrie zurzeit geringen Bedarf an Brennstoffen hat, kann den Haushaltungen und Gewerbetreibenden nur geraten werden, sich jetzt schon mit Brennstoffen für den kommenden Winter einzudecken. Nach einer Mitteilung von informierter Seite ist die derzeitige Lage am Brennstoffmarkt für den Hausbrand verhältnismäßig gut und für eine Bevorratung durchaus günstig. Dies gilt nicht nur bezüglich der Inlandskohle, besonders der mitteldeutschen Braunkohlenbriketts, sondern auch bezüglich der Auslandskohlen. Mit

der Eindeckung zurückzuhalten, in der Hoffnung auf billigere Preise, wäre bedenklich und gefährlich; einmal, weil beim Beginn der Hausverbrauchszeit in der Regel ein Sturm auf die Kohlenhandlungen einsetzt, dem diese nicht gewachsen sind, sodann weil mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die Steuerfreiheit für Auslandskohlen in Zeitkürze wieder in Wegfall kommt und dadurch der Bezug ausländischer Kohle sehr erschwert wird.

* Neckarbischofsheim, 23. April. (Einkaufsgenossenschaft.) Die landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft hielt gestern ihre Generalversammlung ab. Der Rechenschaftsbericht ergab, daß der Barertrag ein mäßiger war, hervorgerufen durch die Geldknappheit. Infolgedessen wurde beschlossen, die Stammanteile der Mitglieder von jeher 100 Mk. auf 10.000 Mk. und die Haftsumme für jeden Stammanteil auf 20.000 Mk. zu erhöhen. Die Stammanteile sollen mit 2% über den Reichsbankdiskont (also 14%) verzinst werden. Anstelle des verstorbenen Vorstandes der Genossenschaft, dem von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates in ehrenreichen Worten gedacht wurde, ist Herr H. Dörner gewählt worden. Eine Zusammenlegung der Genossenschaft mit dem Getreidelagerhaus wurde vorläufig bis zur Generalversammlung des Lagerhauses verschoben. Ueber diesen Gegenstand sprach sehr eingehend Lagerhausverwalter Merkel-Mosbach.

* Neckarbischofsheim, 23. April. (Nebenbahn.) Seit gestern verkehren wieder auf der Reichsbahn die beiden Vormittagszüge 9.48 Uhr Richtung Heidelberg und 9.14 Uhr Richtung Neckarelz. Von nächsten Mittwoch ab fährt die Nebenbahn im Anschluß auf diese beiden Züge. Die Mittagszüge fallen bei der Nebenbahn aus. Die Abendzüge und der Montagsfrühzug verkehren weiter wie bisher.

— Bervangen, 23. April. (Bürgermeisterwahl.) Bei der gestern stattgehabten Bürgermeisterwahl wurde Herr Jakob Gebhardt mit 209 Stimmen zum Bürgermeister hiesiger Gemeinde gewählt. Sein Gegenkandidat, Herr Karl Bidder, erhielt 103 Stimmen.

— Neckesheim, 23. April. (Denkmalsweih.) Zu einer würdigen Gedenkfeier für die Toten des Weltkrieges gestaltete sich die geistige Einweihung des Kriegerdenkmals. In fester Einmütigkeit hatte hierzu die gesamte Bevölkerung, die Gemeindeverwaltung, alle hiesigen Vereine, Baurat Doering (Heidelberg), der das Denkmal entworfen, Bildhauer Butscher (Neckesheim), in dessen Händen die Ausführung lag, u. a. m. eingefunden. Vom Eisen-Neckargau des Badischen Kriegerbundes waren fast sämtliche Gauvereine, darunter Dilsberg in besonders stattlicher Zahl vertreten. Choräle der Feuerwehrgesellschaften, Liedervorträge der Kirchchöre und Liedertafel, die alle ihr Bestes boten, umrahmten die formvolle und tief sinnige Weiherede des Pfarrers Niederer und die schönen Gedenkworte von Dekan Gramling. Nach Kranzniederlegungen durch sämtliche Vereinsvorstände, die alle das Gelübnis der Treue in berebten, zu Herzen gehenden Worten zum Ausdruck brachten, sprach Gauvorsitzungsmitglied Neudeck (Lobenzfeld) für den Badischen Kriegerbund. Seine Ausführungen gipfelten in einem wirkungsvollen Gruß an die toten Kameraden. Die Musik schloß mit dem Lied vom „guten Kameraden“ die Feier, die fichtlich tiefen Eindruck hinterließ.

— Neckargemünd, 23. April. (Eic. Pfarer Braun †.) Am letzten Freitag verschied in frühem Alter Eic. Pfarer Braun und am Sonntag fand die Beisetzung unter großer Anteilnahme der Einwohnerschaft statt. Allgemein wird der frühe Tod Brauns bedauert, der bekanntlich aus Alalasterhausen stammt und sich hier außerordentlicher Beliebtheit erfreute. Vor der Beerdigung fand ein Trauergottesdienst in der Kirche statt, bei der ein Neffe des Verstorbenen die Gedächtnisrede hielt. Man erahnt daraus, daß Pfarer Braun seine Eltern früh verloren hat und daher eine liebevolle Jugend verlebte. Umso mehr hat er dann selbst später in Liebe und Freundlichkeit gewirkt. Die Ehrenwache am Sarge stellte der Winkelf, dem Pfarer und Professor Braun als alter Herr angehörte. Um 3 Uhr fand dann die Beerdigung statt. Von Vereinen nahmen vor allem geschlossen daran teil der Jünglingsverein und der Jungfrauenverein, die der Verstorbene gegründet hat, sodann der Kirchchor aus Neckargemünd und Mischfeld, der ersten Wirkungsstätte im Pfarramt. Am Grabe sprach Geheimrat Kirchentrat Lemme, und verschiedene Pfarer hielten weitere Ansprachen. Die beiden genannten Gesangsvereine trugen Trauergesänge vor, so daß die Beerdigung einen außergewöhnlich feierlichen Verlauf nahm. Unter den vielen Kränzen, die am Grabe niedergelegt wurden, befand sich auch einer vom Winkelf. So nahm unsere Stadt unter herzlicher Anteilnahme und in großem Schmerz Abschied von dem in allen Kreisen der Bevölkerung beliebten und geschätzten Geistlichen.

— Heidelberg, 23. April. (Mord- und Selbstmordversuch.) Ein verheirateter Schneider aus Neuenheim hat gestern sein zwölfjähriges Mädchen mit in den Wald genommen, in der Absicht, es zu töten und dann an sich selbst Hand zu legen. In der Nähe des Bierhelberhofes durchschritt der entmenschte Vater zunächst dem ahnungslosen Kinde mit einem Rasiermesser die Puls- und die Sehnen der linken Hand und alsdann brachte er sich selbst eine Schnittwunde an der linken Hand bei. Weil das Mädchen weinte und nach Hause wollte, verband nun der Vater dem Kinde seine Wunden und brachte es nach Hause, von wo aus es mit dem Sanitätswagen in das Akademische Krankenhaus eingeliefert wurde. Während die Verletzungen des Kindes erheblich sind, ist die Verletzung des Schneiders unbedeutend. Der Grund zur Tat ist in mifflischen Familienverhältnissen zu suchen. Der Täter wurde wegen Mordversuchs festgenommen und in das Amtsgefängnis eingeliefert.

— Heidelberg, 25. April. (Die Personenschiffahrt auf dem Neckar.) Zwischen Heidelberg und Heilbronn soll im Hinblick auf die gewaltige Steigerung der Betriebsstoffe und Arbeitslöhne, mit denen die Einnahmen nicht mehr in Einklang gebracht werden können, in diesem Jahr nicht mehr aufgenommen werden.

— Rot, 25. April. (Fahrraddieb.) Gestern Nachmittag stahl der Arbeiter Adam Senn aus Sedkenheim hier ein Fahrrad; er wurde dabei beobachtet und konnte rechtzeitig verhaftet werden. Der Fahrradmarder wurde in das Wieslocher Amtsgefängnis eingeliefert.

— Eppelheim, 25. April. (Ertrunken.) Auf der Heimkehr von der Arbeit stürzte der 23jährige Linder Jakob Gärtner bei der Ueberfahrt in den Neckar und ertrank.

— Eberbach, 21. April. (Töblicher Unfall.) In vergangener Nacht gegen 12 Uhr fiel in Mannheim der 64 Jahre alte verheiratete Matrose Theodor Weber von Eberbach, als er sich auf das im Mühlauhafen liegende Boot „Badenia 8“ begeben wollte, ins Wasser. Nach einiger Zeit konnte er wieder herausgezogen werden. Der Verunglückte wurde in das Allgemeine Krankenhaus überführt, wo er heute früh 7 Uhr verstarb.

— Schwetzingen, 25. April. (Ein lebendiges Kind vergraben.) Im Walde bei Schwetzingen wurde von einem Radfahrer eine Frau beobachtet, die sich im Straßengraben an einem Baket zu schaffen machte und dann eiligt davonging. Der Radfahrer, der an die Stelle fuhr, fand im Sande verscharrt und mit Rasen bedeckt ein etwa 6 Wochen altes Kind, das noch lebte. Er konnte die genaue Beschreibung der Frau angeben. Es wird sich wohl um die Mutter des Kindes handeln.

— Mannheim, 23. April. (Verschiedenes.) Die Forderung der Metallarbeiter nach Lohnerhöhung ist vom Schlichtungsausschuß abgelehnt worden. — Ein Messerfeld. Einen Stich in den Unterleib mit dem Taschenmesser verfechte gestern abend ein im Hause G. 3, 11 wohnender Schneider einem im gleichen Haus wohnenden verheirateten 49 Jahre alten Maurer. Der Tat war ein Wortwechsel zwischen den beiden vorausgegangen. Der Verletzte, der in Lebensgefahr schwebte, mußte ins Allgemeine Krankenhaus gebracht werden. Der Täter wurde sofort verhaftet und ins Amts-

gefängnis eingeliefert. — Ein Pferd der Pferdehandlung Hochstätter & Baer ist an der Feudenheimer Fähre ertrunken. Das Tier sollte auf die Fähre verladen werden, scheute und sprang in den Neckar. Der Schaden beträgt 7 Millionen Mark.

— Ludwigshafen, 25. April. (Ehetragödie.) Hier spielte sich eine Ehetragödie in der Kanalstraße ab, wo der 43jährige Heizer Hurle bei einem ehelichen Streit Möbel zertrümmerte und das Küchengerät zusammenstieß, so daß die Hausbewohner polizeiliche Hilfe anriefen, der es gelang, auf kurze Zeit Frieden zu stiften. Kurze Zeit darauf brach neuer Streit aus, worauf Hurle Betten, Kleider, Vorhänge usw. zusammenhäufte und in Brand setzte und dann die Wohnung abschloß. Auf der Treppe festgenommen, wurde er gezwungen, die Wohnung wieder zu öffnen, so daß es gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und die Gefahr eines Großfeuers zu beseitigen. Beim Abtransport gelang es der Polizei nur mit Mühe, Hurle vor der Lynchjustiz zu schützen und auf die Polizeiwache zu bringen. — Beim Rangieren geriet der Arbeiter Mühlberger aus Friesenheim im Oppauer Werk der badischen Anilin- und Sodafabrik so unglücklich unter einen fahrenden Eisenbahnwagen, daß er augenblicklich getötet wurde.

— Ludwigshafen, 25. April. (Diebstahl und Selbstmord.) Am Samstag entwendete der 24 Jahre alte Josef Graf von Neustadt ein vor einer Wirtschaft abgestelltes Fahrrad eines Arbeiters von Mundenheim. Dieser beobachtete den Täter von der Wirtschaft aus, verfolgte ihn, nahm ihn fest und übergab ihn der Polizei, die ihn in Verwahrung nahm. Im Verlauf einer halben Stunde erhängte sich Graf unter Benutzung seines Leibtrenchens im Arrestlokal. Es konnte nur noch der Tod festgestellt werden.

Turnen, Sport und Spiel.

Hoken.

1. F. E. Pforzheim — I Sportverein Sinsheim 3:2 (0:0).
Mizmannschaft Neckargemünd — Mizmannschaft Sinsheim 0:1 (0:0) (5 Damen, 6 Herren).

Am vergangenen Sonntag fand das fällige Rückspiel gegen Pforzheim auf dem hiesigen Sportplatz statt. Sinsheim war spielerisch auch diesmal den Pforzheimern überlegen, konnte jedoch die Ueberlegenheit nicht in Tore ausdrücken. Die Mannschaft hat sich in letzter Zeit sehr gebessert, nur im Sturm fehlt noch etwas. Die Mizmannschaft hatte mehr Glück als die 1. Elf; es gelang ihr die guten Neckargemünder 1:0 zu schlagen. Es war dies das erste Mal, daß die Damen der Hokenabteilung auf dem Sinsheimer Platz ihr Können zeigten. Training macht alles.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Handel mit Lebens- und Futtermitteln betr.

Gemäß § 16 der Reichsverordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 10. 2. 23 wird mit Zustimmung des Herrn Ministers des Innern folgende

Anordnung

erlassen:

§ 1. Wer Lebens- oder Futtermittel im Kleinhandel feilhält, ist verpflichtet, die feilgehaltenen Waren mit Preisauszeichnungen zu versehen. Die Preisauszeichnung gilt als Preisforderung im Sinne der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. 5. 1918. Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden.

§ 2. Diese Anordnung gilt für alle Gemeinden des Amtsbezirks unbeschadet etwaiger daneben in Geltung bleibender einzelner ortspolizeilicher Vorschriften.

§ 3. Wer den aufgrund von § 1 erlassenen Bestimmungen oder der Vorschrift in § 1 Satz 3 zuwiderhandelt, wird, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Geld bis zu 1500 Mk. bestraft.

Sinsheim, den 24. April 1923.

Kommunalverband.

Der Vorsitzende:

Trischeler, Oberamtmann.

Sport-Verein Sinsheim.

Donnerstag, den 26. April 8 1/2 Uhr im Nebenzimmer zum „Löwen“

Musik-wissenschaftl. Abend

unter gütiger Mitwirkung der Herren Zivi, Schmitt und Konrad.

Unsere aktiven und passiven Mitglieder sind hierzu eingeladen.

Der Sportrat.

Während der nächsten 3 Monate halte ich meine

Sprechstunden

nur abends von 8 bis 10 Uhr und Sonntag vormittags von 11 bis 1 Uhr.

Die Vertretung der Besuchs-Praxis hat Herr Bezirksarzt Dr. Hennemann übernommen.

Dr. med. A. Bell

prakt. Arzt.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Anteilnahme an dem schweren Verluste meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters

Wilhelm Senffleber

Steuererheber a. D.

sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank. Besonderen Dank all denen, die ihn während seiner Krankheit besuchten, sowie für die zahlreichen Kranzspenden und Begleitung zur letzten Ruhestätte.

In tiefstem Schmerz:

Die Gattin: Christina Senffleber

Die Kinder: Lina und Arthur.

Hilsbach, den 23. April 1923.

Frischer Spargel

ist zu haben und trifft laufend ein bei Carl Seufert.

Mehrere sehr gute Korbflaschen

a 30 und 25 Lit. zu verkaufen geg. Futter, Eier, Speck. Angebote unt. Nr. 219 an den Landb.